

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und festlichen Tagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 4,50 M., bei direktem Postbezugs monatlich 5,15 M., bei Zustellung unter Schutzbrief für Deutschland 7.— M., für Ausland 8.— M., per Beleg 12.— M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtspeich. Doppelseite od. deren Raum einchl. Textumsetzung 2,20 M., das selbgedruckte Wort 1,15 M., jedes weitere Wort 0,50 M., Familien- und Organisationsanzeigen die achtspeich. Doppelseite 2,40 M., das selbgedruckte Wort 1,20 M., jedes weitere Wort 0,60 M. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags in der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2895-96, 9768

STREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Stimmen der Vernunft.

Der „Temps“ für die Hilfe an Deutschland.

Paris, 13. Februar.
Der „Temps“ beschäftigt sich in seinem heutigen Leitartikel mit den Verhandlungen in London. Nachdem er den Gedanken ausgesprochen hat, man solle die beschuldigten Deutschen in Abwesenheit zur Verantwortung bringen, und den Wunsch geäußert hat, man möge mit der holländischen Regierung über die Auslieferung Kaiser Wilhelms nicht durch Noten, sondern durch die diplomatischen Vertreter verhandeln lassen, spricht er den Gedanken aus, daß es eigentlich wichtigere Dinge gebe. Deutschland gewinne wieder Geschmack an der Arbeit. Es wäre schön, mehr zu produzieren, wenn es die Rohmaterialien, die es notwendig habe, zu beschaffen in der Lage sei. Es könne auch wieder transportieren, und wenn es mehr exportiere, als es einführe, dann könne es seine Zahlungen im Ausland wieder aufnehmen. Das liege im französischen Interesse, weil die Franzosen seine Hauptgläubiger seien. Je weniger eine finanzielle internationalisierte Solidarität Aussicht habe hergestellt zu werden, je mehr rufen die Franzosen trotz der Erinnerungen an den Krieg gezwungen, es wünschenswert zu finden, daß Deutschland seine Prosperität wieder finde. Deutschland werde zahlungsfähig, wenn es viel arbeite. Es könnte aber nicht arbeiten, wenn es sich nicht ernähren könne. In Berlin glaube man, daß die letzte Ernte weit davon entfernt sei, bis zur nächsten Ernte zu genügen. Deutschland müsse in ungefähr zwei Monaten etwa anderthalb Millionen Tonnen Nahrungsmittel einführen. Nach dem heutigen Kurs des deutschen Geldes würde es dafür ungefähr dreizehnhalb Milliarden zu zahlen haben. Das sei unendlich. Was hätten darüber die alliierten Regierungen? Sie interessierten sich nicht für die Versorgung Deutschlands weder mit Rohmaterialien, noch mit Nahrungsmitteln. Warum folgten sie beispielsweise nicht dem System, das Holland jetzt Deutschland gegenüber angewandt habe, um Arbeit zu gewähren? Aber werde man Deutschland die Hilfe bewilligen, die man Frankreich oder Italien verweigere? Alles das sei absurd, und Frankreich müsse schon jetzt die Stimme der Vernunft hören lassen. Wie das Unterhaus es sehr wohl verstanden habe, handle es sich jetzt nicht darum, die Revision des Friedensvertrages zu deklariieren. Es genüge auch nicht, daß man erkläre, daß man den Vertrag aufrechterhalte und daß man ihn ausführen lassen wolle; das sei nur eine Fiktion, wenn man nicht zu gleicher Zeit die materiellen Bedingungen herstelle, die es dem Schuldner gestatteten, zu bezahlen, und dem Gläubiger erlaubten, auf die Zahlung zu warten.

Cord Curzon für Revision des Friedensvertrages.

In einer Unterhausrede, die eine völlige Reorientierung der englischen Politik zu bedeuten scheint, führte Lord Curzon nach dem „Handelsblad“ wörtlich aus:
„Die Leute, die den Friedensvertrag abgeschlossen haben, haben ihr Bestes getan. Es muß sich aber erst beweisen, ob ihre Arbeit gut oder schlecht war. Ich sehe den Friedensvertrag nicht als etwas Unausführbares an; vieles davon wird mit der Zeit revidiert werden müssen. Nach der Ratifizierung haben wir die diplomatischen Beziehungen mit Deutschland wieder aufgenommen. Wenn Deutschland aufrichtig bereit ist, die Friedensbedingungen zu erfüllen, so werden wir unser Bestes tun, ihm dabei zu helfen und ihm einen Platz im Kreise der zivilisierten Völker wieder zu verschaffen.“

Basel, 13. Februar.
Die der „Basler Nationalzeitung“ aus Paris gemeldet wird, ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß nach der Erklärung Lord Curzons England, Amerika und Italien in der Anwendung des Versailler Vertrages den bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen wollen, und daß Frankreich dieser Stimmung werbe folgen müssen.

Die Beratungen des Obersten Rates.

London, 12. Februar (Reuters).
Der Oberste Alliierte Rat trat heute in Downing-Street zusammen. Dazugegen waren Lloyd George, Willebrand, Mitti und Curzon. Die Beratungen galt den hauptsächlichsten deutschen Verhältnissen Rechnung tragen wollen, und daß Frankreich dieser Stimmung werbe folgen müssen. Ein amerikanischer Vertreter nahm an den Verhandlungen nicht teil.

Einer weiteren Ratifizierung zufolge befiel sich der Oberste Rat mit der Frage der Auslieferung der „Stieglitz-Verbrecher“. Hinsichtlich der weiteren Vorstellungen Deutschlands gegenüber wurde volle Übereinstimmung erzielt. Die Finanzminister der Alliierten werden in Kürze zusammenkommen, um über die Finanzpläne für Europa zu beraten.

Ablehnung des liberalen Abänderungsantrages im Unterhaus.

Amsterdam, 13. Februar.
Aust „Telegraaf“ erklärte bei der Debatte über das liberale Amendement betreffend eine Abänderung des Friedensvertrages Lord Robert Cecil, seiner Ansicht nach sei eine Abänderung des Vertrages augenblicklich unbrauchbar. Wahrscheinlich müßten aber früher oder später einige Bestimmungen des Vertrages abgeändert werden. Cecil fordert, daß eine Zusammenkunft des Völkerbundes zur Besprechung der russischen Frage stattfinden, wobei zugleich an die Parteien, die noch jetzt Krieg führen, die energische Mahnung gerichtet werden solle, daß jetzt mit dem Kriegszustand Schluß gemacht werden müsse, und daß der Völkerbund da sei, um internationale Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen. Voltaire schloß die Debatte, indem er erklärte, der Friedensvertrag setze Deutschland in die Lage, selbst die gesamte Entschädigungssumme, die es zahlen wolle, zu nennen, und daß die Alliierten einen solchen Vorschlag gegebenenfalls erwidern würden. Niemand könne jedoch sagen, was Deutschland bezahlen könne. Ueber die Auslieferungsfrage sprechend, sagte Voltaire, die englische Regierung habe eine sehr beschränkte Liste aufgestellt und die Liste der anderen Länder nicht gesehen. Er habe die Auslieferungsfrage mit Clemenceau besprochen, dieser habe es für wünschenswert gehalten, die Liste so sehr wie möglich einzuschränken, habe jedoch hinzugefügt, dies sei wegen der zahlreicheren, von französischen Zivilpersonen beschuldigten Deutschen unmöglich. Das Amendement wurde schließlich mit 24 gegen 60 Stimmen verworfen.

Günstige Ausichten für die Ratifizierung im amerikanischen Senat.

H. N. London, 13. Februar.
Wie die „Times“ hört, ist der Friedensvertrag gestern wieder im Senat besprochen worden. Die Ausichten für die Ratifizierung seien günstig. Wilson soll jetzt bereit sein, weiter nachzugeben im Verein mit dem vom Senat vorgeschlagenen Abkommen. Auch Lodge sei bereit, einen Vergleich zu schließen. Der Korrespondent der „Daily News“ ist noch sicherer in seinen Behauptungen. Er versichert, daß auch die unversöhnlichen Anhänger von Vorah sich für Besieg erklären und daß die Ratifizierung in der nächsten Woche wahrscheinlich ist.

Paris, 13. Februar.
Der Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ in Washington meldet, daß in der neuen Debatte über den Friedensvertrag von Versailles im amerikanischen Senat Kuog erklärt habe, die Zahlungsfähigkeit Europas hänge davon ab, daß entweder Amerika weitere Anleihen gewähre oder daß Deutschland die Schadenersatzzahlungen leiste. Letzteres sei aber unmöglich. Sollte Amerika Mitglied des Völkerbundes werden und zu gleicher Zeit einen Vertrag ratifizieren, der ihm derartige Pflichten auferlege? Die gesamte Welt erkenne die Schwächen des Vertrages. Wenn Europa sich bereit zeige, den Friedensvertrag zu revidieren, dann sei es unmöglich, daß Amerika ihn in dieser Verfassung ratifiziere.

Der internationale Bergarbeiterkongreß gegen die französische Regierung.

Brüssel, 12. Februar.
Der Internationale Bergarbeiterkongreß hat eine Tagesordnung angenommen, die besagt: Angesichts der wiederholten Weigerung der französischen Regierung, die gemäßigten Forderungen der Bergarbeiter nach Revision des Pensionsgesetzes anzunehmen, macht es der Kongreß allen Bergleuten der Kohle erzeugenden Länder zur Pflicht, sich jeder Verhinderung an Frankreich gegenüber der jetzigen Regierung zu widersetzen. Im Falle einer Arbeitsverweigerung der französischen Bergleute solle man sich weigern, Ueberwinden zur Kohlenförderung für den Bedarf in Frankreich zu versetzen.

Schulhaft.

So stumpf das Rechtsgefühl in Deutschland geworden ist, man darf in dem Versuch nicht erliegen, es zu schärfen. Das ist besonders schwierig nach der Demoralisation des Krieges, der alle Rechtsvorstellungen erschüttert hat und nach der Preisgabe aller Grundzüge, die sie früher vertreten hat, durch die rechtssozialistische Partei.

Rur das erklärt die sonst unfassbare Tatsache, daß heute in Deutschland gegen politische Gegner nicht nur Mittel angewandt werden, die früher von der politischen Vertretung der Arbeiterschaft einmütig als verwerflich und unbillig bekämpft wurden, sondern daß diese noch vermehrt werden durch die Anwendung der Schutzhaft, also eines Verfahrens, das gestattet, dem politischen Gegner ohne Richterpruch, ohne Einsichtung eines Strafverfahrens, beliebig lange ins Gefängnis zu setzen. Und immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß die deutsche Öffentlichkeit, daß Rechtsjuristen und Demokraten gegen die Anwendung dieses Verfahrens nicht ein Wort des Protestes verklingen lassen. Dabei ist die Verkündung der Schutzhaft, je länger je mehr, zu einer den Regierenden schon selbstverständlichen Methode geworden. Ihre Anwendung erfolgt immer leichtfertiger und man hat den Eindruck, daß sich die ausübenden Herren bei der Verkündung eines solchen Schutzhaftbeschlusses leichtfertig sagen: was liegt daran, wenn der Acol ein paar Monate im Gefängnis sitzt? Verdient hat er es schon, er ist doch ein Unstüzler!

In der Tat zeigt die Verkündung der Schutzhaftbeschlüsse, daß man sich mit den Begründungen keine besondere Mühe macht. Der Vorsitzende unserer Partei, Genosse Däumig, ist kurz nach dem 13. Januar in Schutzhaft genommen worden. Die Begründung lautet:

Ernst Däumig ist der Organisator der neuen revolutionären Bewegung, die gegen den Fortbestand der jetzigen Verfassung des Reichs geführt wird. Sein Ziel ist durch gewalttätigen Umsturz die jetzige Regierung und Verfassung zu stürzen und an deren Stelle die auf der revolutionären Parteiorganisation aufgebaute Diktatur des Proletariats zu setzen. Hierbei trägt er sich auf seine Nachstellung als maßgebendes Vorstandsmitglied der U. S. P. als Mitglied des Komitees, das an die Stelle des roten Vollzugsrats getreten ist, und als eigentlicher Leiter der den neuen Umsturz vorbereitenden revolutionären Obleute.

Man merkt dieser Begründung ihre Herkunft an. Ihre Unterlagen können nur ganz unzuverlässige Spitzelberichte sein. Däumig ist nicht „Leiter der den neuen Umsturz vorbereitenden Obleute“, aus dem einfachen Grunde, weil es eine solche Organisation (sogar nicht mehr gibt). Die revolutionären Obleute haben vor und unmittelbar nach der Revolution eine Rolle gespielt. Mit der Entwicklung der Partei- und der Parteiorganisation hat diese Organisationsform zunächst an Bedeutung verloren und ist längst völlig verkommen. Ebenjowenig existiert ein „Komitee an Stelle des roten Vollzugsrats“. Vielmehr hatte der Vollzugsrat seit Aufhebung des früheren Besetzungszustandes bis zum 13. Januar in aller Oeffentlichkeit und völlig legal seine Tätigkeit ausgeübt, und seine Erziehung durch ein Komitee war weder nötig, noch ist sie erfolgt.

Aber nicht nur deshalb ist die Begründung völlig haltlos: Däumig soll „durch gewalttätigen Umsturz die jetzige Regierung und Verfassung stürzen“ wollen. Aber auch der Regierung muß bekannt sein, daß Däumig ein klarer Gegner jeder Rutschhaft ist, daß er nicht etwa erst jetzt, sondern auch schon bei den Januar- und Märztreffen des Vorjahres sich jeder Gewaltanwendung widersetzt hat. Mit den Vorgängen am 13. Januar steht Däumig überhaupt in keinem Zusammenhang. Aber die Regierung hat nun mal den Verdacht. Ihn zu beweisen, hat sie nicht nötig. Und so kann Genosse Däumig, dessen erniedrigtes, schütteres und verantwortungsvolles Wirken auch die politischen Gegner anerkennen müssen, auf unabsehbare Zeit im Gefängnis bleiben, ohne Anklage, ohne Richterpruch! Und das geschieht einem Manne, der der Vorsitzende einer großen und starken Partei ist!

Aber die Begründung der anderen Schutzhaftbefehle ist um nichts besser. Den Genossen Bollmershaus, dem zweiten Vorsitzenden der Berliner Gewerkschaftskommission, hat man ebenfalls nur mit dem Verdacht hin verhaftet. Es

ist dasselbe eingetreten, daß sich verschiedene Berliner Gewerkschaftsorganisationen an dem Kampf gegen das Betriebsratsgesetz beteiligen und ihre Unterschriften zu dem Aufruf gegeben haben.

Das gleiche gilt von einer ganzen Reihe anderer Vertrauensmänner. Wir zitieren nur zwei weitere Begründungen, die für alle anderen charakteristisch sind:

Hallupp ist Vertreter der Fraktion der Arbeiterräte der A. S. P. D. und revolutionärer Obmann, also Mitglied derjenigen Organisation, die den neuen Umsturz vorbereiten will.

Stahlberg hat als Arbeiterrat der Firma Berman in Rosenfeld den 24stündigen Proteststreik gegen das Betriebsratsgesetz bekanntgegeben und die Belegschaft vor den Reichstag geführt, wofür er zur Menge gesprochen hat. Er gehört zu der Organisation der revolutionären Obleute, die einen neuen Umsturz vorbereiten.

Noch umfassender formulieren sind die Begründungen der Schutzhaftbefehle gegen die Kommunisten. Wieder nur zwei Beispiele:

Dr. Ledt ist der Organisator und Leiter der A. S. P. D. Daß diese die gewalttätige Errichtung der Diktatur aller Kommunisten anstrebt, ist allgemein bekannt. Ledt steht mit Däumig behäufte Vorbereitung des neuen Umsturzes in Verbindung.

Pick, der seit Jahren in der revolutionären Bewegung tätig ist und während des Krieges nach Holland desertiert war, gehört der Reichszentrale der A. S. P. D. an, für die er gegen Gehalt als Wanderredner agitiert. Er ist ein überaus rühriger Kommunist und gilt als besonderer Vertrauensmann der leitenden Köpfe dieser Partei.

Es ist klar, daß mit dieser Begründung einfach jedes Mitglied der kommunistischen Partei beliebig lange in Schutzhaft gesetzt werden kann, und da das Reich militärisch ist, das noch immer über Zivilisten zu urteilen hat, in seiner Spruchpraxis diese Begründungen als ausreichend anerkannt hat, sind Mitglieder der kommunistischen Partei, sobald der Ausnahmezustand verhängt ist, einfach vogelfrei.

Dabei ist dieses ganze Gerede vom gewalttätigen Umsturz nichts als Polizeiphantasie. Wer die Literatur der kommunistischen Partei in der letzten Zeit nur halbwegs verfolgt hat, weiß, daß die kommunistische Zentrale, und gerade Dr. Ledt, gegen alle Bittschreiben eine unerbittliche Kampfbahn geführt haben, und gerade deshalb von einem Teil ihrer Anhänger angefeindet worden sind. Hat doch selbst Herr Seilmann diese Tatsache ausdrücklich hervorgehoben.

Trotzdem bleiben alle diese Schutzhaftbefehle aufrecht, und über allen Gipfeln ist Ruh! Dabei hält es die Regierung nicht einmal der Mühe wert, anzugeben, in welchem Umfang die Schutzhaft angewandt wird. Wir wissen nur, daß außerordentlich zahlreiche Vertrauensmänner der Arbeiterkassen in den Gefängnissen sitzen, daß die Gefängnisse wieder einmal überfüllt sind. Wieviele es sind, weiß aber niemand! Das ist die Praxis einer rechtssozialistisch-demokratischen Regierung!

Ein trauriger Fall.

Zur Verhaftung des Professors Rosebery d'Arguto.

Wir haben bereits auf die skandalöse Verhängung der Schutzhaft über den russischpädagogischen Professor Rosebery d'Arguto hingewiesen. Dieser ist verhaftet worden, weil er am 1. Februar an einer nicht verbotenen kommunistischen Versammlung teilgenommen hatte, um über die am Abend vorher von ihm veranstaltete künstlerische Gedenkfeier für Franz Mehring abzurechnen. Die Einzelheiten dieses Falles sind ein so flagranter Beleg für die Willkür bei Verhängung und Vollziehung der Schutzhaft, daß es sich lohnt, auf sie etwas näher einzugehen.

Der Schutzhaftbefehl vom 4. Februar 1920 ist damit begründet, daß Prof. Rosebery Herausgeber der „Weltrevolution“ sei. Dabei hat die „Weltrevolution“ seit einem halben Jahre wegen technischer Schwierigkeiten das Erscheinen endgültig eingestellt! Vorher war das Blatt, nachdem es einige Zeit verboten war, vom Oberkommando ausdrücklich freigegeben worden d. h. das Oberkommando hat zwar gestattet, daß das Blatt herausgegeben wird, bestraft aber das angebliche Gebrauchmachen von dieser Erlaubnis mit Einweisung von unbegrenzter Zellhauer! Nebenbei bemerkt, war Prof. Rosebery gar nicht Herausgeber der „Weltrevolution“, sondern nur gelegentlicher Mitarbeiter über philosophische und sanitäre wissenschaftliche Probleme. Als weitere „Gründe“ für die Schutzhaft sind nur angegeben, daß Prof. R. „überzeugter Sozialist“ sei und mit „russischen Bolschewisten verkehre“ und schließlich die in den Schutzhaftbefehlen regelmäßig wiederkehrende völlig beweislose Floskel, daß er „auf den gewalttätigen Sturz der gegenwärtigen Regierung hinarbeite“. Dabei ist dieser „Verbrecher“ ein ganz feiner gelehrter Gelehrter und seiner Kunst lebender Mann, der niemals politische Funktionen ausgeübt hat.

Nach seiner Verhaftung ist Prof. R. ein in Haftzellen gekerkert Gelehrter, nicht weniger als dreimal für das Verbrechensalbum zwangsweise fotografiert, und es sind von ihm durch die Polizei Fingerabdrücke genommen worden, wie das sonst nur bei Mördern, Einbrechern und ähnlichen schweren Verbrechern der Fall ist. Es sei hierbei nur daran erinnert, daß bei der Verhängung der Urheberrückgehalte im Reichstag von der damaligen sozialdemokratischen Fraktion, zu der auch die für die gegenwärtige Praxis der Schutzhaft hauptsächlich verantwortlichen Minister gehörten, ausdrücklich beantragt worden war, daß politische Gefangene nicht zwangsweise fotografiert werden dürfen.

Daß man Prof. R., der seit 18 Jahren in Deutschland lebt, mit Rücksicht darauf, daß er Ausländer ist, in der von „internationalen Sozialisten“ geleiteten Republik das Recht der Beschwerde an das Reichsmilitärgericht vorzuziehen, verhandelt das Bild dieses Verfahrens.

Der Rechtsbeistand des Verhafteten, Genosse Dr. Siegfried Weinberg, hat die vorstehend geschilderten Einzelheiten dem Reichsverwaltungsamt persönlich bekannt gegeben, so daß Herr Roske die Verantwortung für die Fortdauer dieses Freiheitsentziehung nicht von sich abschütteln kann.

Immer neue Preisverbote.

Jeder Tag bringt Preisverbote! Das neueste Verbot betrifft die „Neue Zeitung“, unser Parteorgan in Jena. Sie ist auf die Dauer von 14 Tagen eingestellt. Am Donnerstag wurde die „Eisenacher Volkszeitung“ erneut verboten, und zwar auf die Dauer von 4 Wochen. „Zwischenhandlungen“ gegen das Verbot, wie auch die Auforderung oder Anreizung dazu werden, sofern die bestehenden Gesetze keine höheren Strafen bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu 15 000 M. bestraft. Die Begründung sieht so aus:

Trotzdem die Eisenacher Volkszeitung schon am 21. 1. 20 wegen eines heftigen Artikels auf die Dauer von 14 Tagen verboten war, werden in der ersten, nach dem Wiedereintritt herausgegebenen Nummer 34 Artikel (Ein Aufruf an die Arbeiter Westeuropas, Die Wirtschaftlichen Methoden übertrifft, Eine Plamage der Regierung, Warum wir (Schweigen) veröffentlicht, in denen mit verstärktem Maße gegen die Regierung gehetzt wird.

gez. von Stolzmann, Generalleutnant.

Ähnlichen Geist animiert folgende Begründung für das Verbot der „Volkszeitung“ in Plauen:

„Die Volkszeitung, die schon seit längerer Zeit in überaus aufreizender Sprache die Maßregeln der Regierung einer beleidigenden Kritik unterzogen hat (zu vergl. Nr. 12 v. 16. 1. 20, Nr. 14 v. 18. 1. 20, Nr. 17 v. 21. 1. 20, Nr. 20 v. 25. 1. 20 u. a.), hat in der Nr. 30 v. 6. 2. 20 in einem Artikel „Neuen Verhängnissen entgegen“ wiederum in einer die Weisheit des Volkes schwer verletzenden Weise die Erklärung der Regierung, daß sie außerstande sei, den Friedensvertrag im Punkte der Auslieferung der angeblichen Kriegsschuldigen zu erfüllen, dahin verdreht, daß sie den Vertrag absichtlich nicht erfüllt. Sie hat mit dieser, durch nichts bewiesenen Anschuldigung die äußere Politik der Regierung in einer für das ganze Volk besonders wichtigen Frage schwer gefährdet. Bei der bisherigen Haltung der Zeitung ist dies auch wieder zu befürchten.“

Ginguzugewiesen ist noch, daß im Plauen die Arbeiter in sämtlichen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen haben, daß aber Genosse Buchta, der Schriftleiter unserer „Volkszeitung“, als Urheber des politischen Streiks verhaftet wurde.

Das Birken des Generals Maerker wurde übrigens in der Sächsischen Kammer von unseren Genossen zur Sprache gebracht. Darüber wird uns aus Dresden geschrieben:

In der heutigen Mittwochssitzung der sächsischen Volkskammer kam folgende Interpellation der unabhängigen Fraktion zur Besprechung:

„Seit dem 14. Januar wird in Deutschland mit dem schlimmsten Terror gegen die U. S. P. und die radikale Opposition regiert. Der Ausnahmezustand ist verhängt, Zeitungen verboten, Parteiführer verhaftet. Das alles unter Umständen, die an die niederträchtigste Reaktion des vorigen Jahrhunderts erinnern. Ist die sächsische Regierung mit diesem Vorgehen der Reichsregierung einverstanden? Oder wenn nicht, was gedenkt sie dagegen zu tun? Was sagt sie insbesondere zu dem vom General Maerker verhängten Verbot der Leipziger Volkszeitung?“

Nachdem schon in einer vorherigen Sitzung Genosse Fleißner in großzügiger Rede diese Interpellation begründete und Ministerpräsident Dr. Gradnauer in langer Rede das Vorgehen der Regierung zu rechtfertigen versuchte, fand heute die Besprechung der Interpellation statt. Genosse Lipinski bedauerte die Vorgänge vor dem Berliner Reichstagsgebäude, für die man gern den unabhängigen die Schuld in die Schuhe schieben will. Treffend kennzeichnete er die Art, mit der gearbeitet wird, um bei der Regierung die Stimmung zu erzeugen, die zu solchen Terrormaßnahmen gegen die Opposition führt. Redner ging dann näher auf das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ ein, aus dessen ganzer Durchführung deutlich die Absicht hervorgeht, die Partei wirtschaftlich zu ruinieren.

Im Hand der Verfassung wies Genosse Lipinski nach, daß die Verordnungen des Ausnahmezustandes, das Verbot der Zeitungen durch Militärbehörden und die ganze Art, wie den Militärbehörden alle Gewalt in die Hand gegeben wird, nach der Verfassung unzulässig und ungesetzlich sind. Man greife zur rohen Gewalt, um die Ziele unserer Partei zu belämpfen. Die Regierung habe Angst um ihre politische Macht. „Aber wir werden auch diese Krise überwinden, und wir werden es den Arbeitern zeigen, was an der Regierung, was an den Rechtssozialisten ist, deren Terror das Gegenteil von der Demokratie ist, die sie immer im Munde führen.“

In der Debatte hielten einige rechtssozialistische und demokratische Redner die Wucht der 24stündigen Rede des Genossen Lipinski abzusprechen, was ihnen indes nicht gelang.

Die „Leipziger Volkszeitung“ darf noch nicht erscheinen.

T. U. Dresden, 13. Februar.

Die Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei teilt der „Telegraphen-Anzeiger“ mit, daß das Verbot der „Leipziger Volkszeitung“ bisher noch nicht aufgehoben worden ist.

Aufhebung des Verbots einer kommunistischen Zeitung.

Münster i. W., 13. Februar.

Das Wehrkreis-Kommando 6 teilt uns telegraphisch mit: Das Verbot der „Freiheit“, Duisburg, wird mit Wirkung vom 13. 2. 20 aufgehoben, nachdem der Vertreter der Redaktion die bindende Erklärung abgegeben hat, nicht die Politik zu durchkreuzen, die die Regierung bezüglich der Kohlenförderung in nächster Zeit betreiben muß, und unbeschadet einer scharfen, sachlichen Kritik den Ton zu wählen, der nicht zur offensichtlichen Aufreizung der Massen führt.

Die Jagd der Kaiserin nach Holland.

Unter dieser Überschrift behauptet der „Vorwärts“ in seinem gestrigen Abendblatt in Glosierung einer Nachricht des Deutschen Offiziersverbandes über die Reise der Kaiserin im November 1918: „Die Kaiserin reiste mit einem Bag, der von allen Volksbeauftragten, also auch von Haase, Dittmann und Barth unterzeichnet war.“

Hierzu erhalten wir folgende Richtigstellung: „Die Meldung im Abend-Vorwärts“, wonach Haase, Dittmann und Barth seinerzeit mit Vert, Scheidemann und Landberg für die Kaiserin einen Reisepaß nach Holland unterzeichnet hätten, ist falsch.

Das Kabinett hat lediglich beschlossen, die Kaiserin reisen zu lassen. Mit der Passausstellung hat es nichts zu tun gehabt.“

Damals kennzeichnete sich der Anbiederungsversuch des „Vorwärts“ an den D. D. V. als eine plumpe Lüge.

Wer waren Liebfuchts und Luxemburgs Mörder?

„Dagens Nyheter“, ein schwedisches liberales Organ, veröffentlichte dieser Tage den Bericht eines Augenzeugen der Ermordung Rosa Luxemburgs. Er nennt sich Walter Weinholt und ist nach seiner Angabe Fähnrich in der vierten Schwadron des zweiten Jägerregiments zu Pferde, im Kriege Offiziersaspirant eines deutschen Regiments in Frankreich gewesen. Seine Mitteilungen sind so wichtiger Natur, daß sie bringen sorgfältigster Nachprüfung bedürfen. Sie lären manches auf, was bisher bei der schauerlichen Tragödie der Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebfuchts im Dunkeln blieb. Weinholt erzählt:

„... Während der Januarruhen wurde eine Abteilung meiner Schwadron als Wache des Stabsquartiers zum Hotel Eden am Tiergarten kommandiert, wo sich die Liebfuchts und Luxemburgs aufhielten. Es war in der Nacht zwischen dem 15. und 16. Januar 1/12 Uhr, als ein Automobil in rasender Fahrt, unmittelbar von einem anderen gefolgt, zum Hotel kam. Ich stand mehrere Posten. Von Neugierde getrieben, kamen mehrere meiner Kameraden herbeigelaufen, um zu sehen, was los war. Im Automobil saßen Rosa Luxemburg und Karl Liebfuchts, beide eben verhaftet, die nun zum Stabsquartier zum Verhör geführt wurden.“

Um begreiflich zu machen, was nun geschah, muß ich die Anmerkung vorausschicken, daß während der 14 Tage, in denen meine Abteilung Wachposten zu machen hatte, wir kaum eine Minute Schlaf und niemals die Stiefel ausgezogen und das Koppl freigegeben hatten. Unsere Nerven waren daher völlig zertrübt. Keiner war Herr über sich selbst. Man mußte launig, was man tat. Als einer meiner Kameraden, der Fähnrich Hoffmann, die Rosa Luxemburg wiedererkannte, schlug er sie mit dem Karabinerstock. Der Schlag war sicher, nicht tödlich. Namentlich darauf gab der Korporal Kungel ihr einen neuen, obwohl nicht so schweren Schlag mit dem Gewehrstock. Das Urteil über Kungel war eine große Ungerechtigkeit, denn der Fähnrich Hoffmann war der wirtliche Täter. Als christlicher Soldat hätte Hoffmann die Schuld auf sich nehmen müssen, anstatt den weniger schuldigen Kungel die Strafe tragen zu lassen, doch war er der Sohn des Generals Hoffmann, der sich gerade beim Divisionsstab im Oberhofel aufhielt, — und da versteht man, warum er frei umherging.

Mis Rosa Luxemburg die beiden Kopfschläge erhalten hatte, sank sie ohne einen Laut zu Boden. Man schleppte sie in ein Zimmer, wo das Verhör stattfinden sollte, doch verblieb sie so wußlos. Nach meiner Auffassung war sie bereits tot.

Die Annahme, daß Leutnant Vogel nachher während der Transportes vom Hotel Eden die Luxemburg erschossen hätte, ist vollständig aus der Luft gegriffen. Kein Schuß wurde während des Transportes abgegeben, das kann ich, weil ich dabei war, bezeugen. Das Blut, das der Chauffeur am nächsten Morgen von der Karosserie wegwusch, rührte von den tödenden Kopfschlägen her.

Als man fand, daß mit der Rosa Luxemburg kein Verhör abgehalten werden konnte, wurde sie wieder in das Automobil hinaufgetragen, um weitertransportiert zu werden. Der Leutnant Vogel war der Führer des Transportes, ich folgte im Automobil. Als wir zum Landwehrkanal kamen, wo die Brücke zum Tiergarten hinübergeht, stoppte der Chauffeur, sprang von seinem Sitz, öffnete die Tür und rief: „Der Leutnant, nun fahre ich dieses Los hier nicht länger!“

Alle waren darin einig. Der Chauffeur und der Metrolit Söhne nahmen ohne weiteres die Leiche und warfen sie in den Kanal. Nachher fuhr das Automobil mit uns anderen zurück. Der Bericht des Kapitäns Wellmer, daß er das Abnehmen von Schüssen gehört hat, beruht auf einem Mißverständnis oder ist rein erfunden.

Nach der Rosa Luxemburg kam die Reihe an Karl Liebfuchts. Als dieser sich hinstreckte, um verhört zu werden, erhielt er vom Jäger Hannes einen Schlag, der wirkte, daß er schwankte, doch verlor er nicht das Bewußtsein, sondern bellte mit schwankenden Schritten die Treppe. Er blutete heftig. Wie er beim Verhör anfänglich seine Identität verneinte, wie er aber später gestanden wurde, diese zu bezeugen, ist bekannt. Nach dem Verhör hat er die Toilette benutzen zu dürfen, wofür ich ihm folgte. Er blutete unaußersichtlich und hat mich um etwas Watte. Ich hatte aber keine. Nachher wurde er im Automobil mit Kapitänleutnant von Pflugl-Ordnung als Transportführer und sechs Mann zur Bewachung fortgebracht. Pflugl-Ordnung besaß sich ebenfalls in Schweden, D. N.). Diesmal war ich nicht mit. Was nachher passierte, weiß ich nur nach Angaben anderer.“

Nach Weinholt's Darstellung wäre also der Sohn des Hoffmann, des deutschen Friedensunterhändler in Brest-Litovsk, der eigentliche Mörder Rosa Luxemburgs, während Jäger Kungel und Oberleutnant Vogel, — der nach Argentinien (bedient) wurde — weniger schuldig erscheinen.

Diese Darstellung wirkt zweifellos ein überraschendes Licht auf die Mordtat und die glänzende Versorgung Hannes im Gefängnis, aus dem er kürzlich sogar eine Zeitschrift wegen angeblicher Geisteskrankheit entlassen worden war!

Ob die deutschen Militärjustizbehörden sich bemühen werden, den Bericht Weinholt's auf seine Echtheit hin nachzuprüfen?

Für Beibehaltung der Zwangsweidung.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium nahm, wie die „V. P. N.“ erfahren, zu dem Wirtschaftsan der Reichswirtschaftsministeriums für das kommende Geschäftsjahr Stellung. Nach eingehender Aussprache, bei der auch der Vertreter der Landwirtschaft wiederholt zu Wort kamen, entschied er sich, der Reichsregierung vorzuschlagen, daß die Zwangsweidung sowohl für Getreide wie für Kartoffeln aufrechterhalten und der Hafer wieder in die Zwangsweidung einbezogen wird. Trotz erheblicher Bedenken der landwirtschaftlichen Arbeitervertreter wurden die Mindestpreise, wie das Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen hat, als angemessen anerkannt. Ueber geeignete Formen der Lohnregulierung auf der Grundlage englischer Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen sollen sofort Verhandlungen geschlossen werden.

Sprengstoff und Leder.

Die Geschäfte des Herrn Erzberger.

In dem Prozeß gegen Helfferich wurden am Freitag zwei Arten von Geschäften sehr ausführlich erörtert, denen sich Herr Erzberger hingegen hatte. Der Ingenieur Komaritsch hatte einen Versuch erfinden, um flüssige Luft als Sprengstoff zu verwenden. Durch Vermittlung des Paters Simonis kam der Erfinder mit Herrn Erzberger zusammen, der dann mit Helfferich, dem Fabrikbesitzer Waldus, einem Parteiführer von Erzberger und dem Erfinder, ein Konsortium zur Ausnutzung des Verfahrens bildete. Erzberger beteiligte sich daran mit 2000 Mark, Waldus gab ihm 18 000 Mark dazu, dafür sollte Erzberger mit 10 Prozent am Gewinn beteiligt werden. Kurze Zeit darauf kam eine neue Erfindung derselben Art auf, das Moritz-Verfahren. Da das Konsortium kaum noch einen Zweck zu verfolgen vermochte, wurde eine Fusion herbeigeführt und eine gemeinsame „Sprengstoff- u. m. b. H.“ gegründet. Nach einigen Monaten trat Herr Erzberger aus, seine Anteile trat er an Komaritsch für 80 000 Mark ab.

Helfferich macht nun Erzberger zum Vorwurf, daß dieser sich unter Verdeckung seiner Eigenschaft als Mitglied des Reichstags und unter Verletzung seiner finanziellen Interessen bei der Prüfungskommission für Sprengstoff mit einem Nachdruck für das noch gänzlich unfertige Komaritsch-Verfahren eingesetzt habe. Von den Abgeordneten habe er für die Überlassung des Verfahrens 5 Millionen Mark verlangt, an denen er mit einem Viertel beteiligt gewesen wäre. Der Ministerialdirektor Dr. Neuhaus als Zeuge, urteilt einen Brief Erzbergers vom 2. Februar 1915 an den Geheimrat Kolenski im Reichsministerium, in dem auf die Rechte des Komaritsch-Verfahrens hingewiesen wird. Er behauptet, daß das Komaritsch-Verfahren noch nach Jahren nicht ausprobiert gewesen sei.

Ein Kaplan des Bischofs von Fulda

war dauernd reklamiert, um auf der Höhe „Deutscher Kaiser“ in Hamburg einen neuen Hinder auszubringen, der das Mittel schlagwunderhaft machen sollte.

Reichsfinanzminister Erzberger als Zeuge sagt, daß er schon im Jahre 1910 für die Erfindung des Komaritsch interessiert habe. 1912 habe er sich dann auf Wunsch des Erfinders mit dem Ministerium in Verbindung gesetzt. Als Erzberger wiederholt sagt, daß er sich nicht auf alle diese Vorgänge im einzelnen einzulassen könne, wird ihm von Helfferich die Frage gestellt, daß in sein Gedächtnis merkwürdigerweise in allen wichtigen Punkten im Stiche lasse. Helfferich, so sagt Erzberger weiter, habe sich für die Sache interessiert und Verordnungen gemacht, beteiligt sei er nicht dabei gewesen. Hierauf Helfferich dagegen, daß er das nicht länger ruhig anhören könne. Ihm sei bekannt, daß sich Helfferich bereits 1913 an dem Unternehmen mit 25 Prozent beteiligt habe. Als Erzberger darauf erwiderte, daß er im Augenblick keine bestimmte Antwort über den Termin geben könne, kamt es zu folgender Auseinandersetzung:

Dr. Helfferich: Ich muß beantragen, den Generaldirektor Jacob und auch Herrn Hoffen nochmals zu vernehmen. Rechtsanwalt Dr. Friedländer: Zu welchem Zweck soll das dienen? Helfferich: Dann will ich Ihnen sagen, worum es sich handelt. Herr Rechtsanwalt Friedländer. Die Wichtigkeit eines Zeugen spielt in jedem Prozeß eine gewisse Rolle. Bei der Verhandlung des Falles Hoffen haben wir von dem Herrn Nebenkläger gehört, daß seine Beziehungen zu Hoffen vor seinem Eintritt in den Ausschuss rein platonischer Natur gewesen sind. Wenn ich jetzt feststelle, daß diese Erklärungen unrichtig gewesen sind, so ist das für die Klage des Herrn Erzberger in den ganzen Verhandlungen von ausschlaggebender Bedeutung. — Erzberger: Ich habe über diesen von dem Angeklagten behandelten Punkt keine Aussage gemacht, weil der Herr Vorsitzende ja selbst gesagt hat, wir würden später noch darauf zurückkommen.

Erzberger gibt dann die Möglichkeit an, daß er von der staatlichen Wertpapierinspektion eine Lizenzgebühr, und zwar einen Pfennig pro Tonne, gefordert habe. Rechtsanwalt Hübner: Welche Rechte Helfferichs, und Helfferich selbst hatten nun Erzberger vor, daß in seinem Bureau in der Budapester Straße einem Verein in Offen eine Offerte beichtet worden sei, wo er eine Lizenzgebühr von einem Pfennig pro Tonne oder eine

Abschreibung in Höhe von 5 Millionen Mark,

oder in vier Jahresraten, verlangt habe, trotzdem das Mittel noch nicht einmal schlagwunderhaft war. Erzberger gibt zu, daß eine solche Offerte abgegeben worden ist; nach seinen jahrelangen Arbeiten habe er ein Interesse an dem Verdienst gehabt, und zwar sowohl für die Allgemeinheit wie für seine Gesellschaft und auch für sich. Die weitere Auseinandersetzung ergibt, daß Erzberger außer den 80 000 Mark, die er für seine Anteile erhalten habe, nichts aus dem Unternehmen erzielt hat. Er selbst hat im ganzen 200 Mark eingebracht. Weiter wird festgestellt, daß das Patent dieses Sprengstoff-Verfahrens während des Krieges für 100 000 Mark nach Schweden verkauft worden ist. Erzberger behauptet, daß er schon aus der Gesellschaft ausgeschieden war, als der Verkauf erfolgte. Merkwürdig ist jedoch, daß die Vollmacht dazu in seinem Bureau Budapester Straße 14 ausgestellt worden ist. — Erzberger sagt dazu, daß er damals Vollvollmachten für die Verhandlungen ausgestellt habe. Man erzählt sich endlich auch, daß das Patent während des Krieges auch nach England verkauft werden sollte. Das Geschäft hat sich jedoch geschlagen.

Der Erfinder Komaritsch, der dann als Zeuge vernommen wird, kann nichts Wesentliches ausagen. Er habe es von Erzberger sehr ausführlich erfahren, daß er ihm seine 80 000 Mark Anteile überlassen habe. Der Patentingenieur Helfferich befindet sich die Verbindung zwischen dem Erfinder und Erzberger hergestellt habe. Generaldirektor Berlemeher bestätigt, daß Erzberger schon aus der Gesellschaft ausgeschieden war, als die Erfindung für 100 000 Mark nach Schweden verkauft wurde. In seinen Reisen sei man der Auffassung gewesen, daß Erzberger von dem Komaritsch-Verfahren nur deshalb gewarnt habe, weil es ein Konkurrenzunternehmen war. Professor Schulenburg, der Erfinder des Moritz, behauptet, daß der Grund zum Zusammenbruch der beiden Gesellschaften darin zu suchen war, daß man Erzberger ausschalten wollte.

Es kommt hierauf die Beschaffung Erzbergers an der Kautschuk-Leberfabrik des Kommerzienrats Neuhberg

zur Erörterung. Es handelte sich dabei um die Imprägnierung von Leder, um es haltbarer zu machen. Helfferich behauptet, daß Erzberger die Verbindung dieser Fabrik mit dem Reichsministerium herbeigeführt habe, und es sei ihm gelungen, einen Auftragsvertrag für die Firma während des Krieges zu erhalten. Er habe dabei verhandelt, daß er Honorar an dem Unternehmen beteiligt war. Erzberger habe auch dafür gesorgt, daß der Kommerzienrat Neuhberg, der eigentlich Direktor der Fabrik ist, Vorsitzender der Kriegswoll-Kriegswollgesellschaft wurde, in der er selbst als parlamentarischer Mitglied tätig war. Seine Ausführungen über diesen Punkt schließt Helfferich folgendermaßen ab: „Ich habe noch ein Wort hinzuzufügen, um verständlich zu machen, aus welchen Gründen heraus ich den Kommerzienrat Neuhberg als parlamentarischen Kandidaten für die Reichstagswahl bei der letzten Wahl zum Reichstag ermittelte, daß er wegen der Tüchtigkeit und der Wichtigkeit des Unternehmens des Ministers a. P. d. Reichstag erwannen habe. Ich kenne die Angelegenheit genau. Das Komaritsch-Verfahren ist ein Patent, aber es ist der Kaiser hat

damals erklärt: „Auf meine Minister hat in solchen Sachen auch nicht der Schatten eines, sei es selbst unbedeutenden, Verdachtes fallen. Komaritsch muß gehen, so gern ich ihn mag und so große Stücke ich auf ihn habe.“ Unter dem neuen Regime aber ist in Deutschland fast möglich, was in keinem anderen Kulturlande denkbar wäre, daß nämlich ein Mann, gegen den alles das vorliegt, was Herr Erzberger in diesem Prozeß gegen sich selbst hat zurechnen müssen, noch als amtierender Minister im Reichstag erscheinen kann. (Große Bewegung.)

Erzberger: „In keinem anderen Kulturlande ist es wohl möglich, daß ein früherer Minister in seinen Angriffen gegen einen anderen Minister so tief sinkt. In Holland z. B. sind Abgeordnete und Minister ganz offen an Geschäften beteiligt.“ — Vorsitz: „Ich bitte doch um sachliche Ausführungen.“

Erzberger sagt aus, daß er Herrn Neuhberg als ausgezeichneten Geschäftsmann kenne, der viele glänzende Anregungen für die Kriegswollfabrik gegeben habe. Auf dessen Veranlassung habe er dem Kriegswollwerk seinen ganzen Einfluß für die Beschaffung von Rohstoffen eingesetzt. Zur Verwertung der Ledererfindung habe Neuhberg eine Aktiengesellschaft gebildet, von der Erzberger 16 Aktien zum nominalen Kurs einkaufte. Als Aktionär sei Erzberger in die Kriegswoll- und Kriegswollgesellschaft eingetreten. Von einer Vorzugung der Neuhberg'schen Fabrik durch die militärischen Stellen sei ihm nichts bekannt.

Es kommt wieder zu erregten Auseinandersetzungen zwischen Helfferich und Erzberger, wobei Erzberger bei dieser Gelegenheit sagt, daß die Abgeordneten, die als Kontraktanten in die Kriegswollfabrik geschickt wurden,

mehr Dekorationsstellungen ausgefüllt

hätten. In der Budgetkommission hat Erzberger von seiner Beteiligung an der Neuhberg'schen Fabrik nichts mitgeteilt. Daß er Neuhberg zum Vorsitzenden der Kriegswollgesellschaft vorgeschlagen hat, muß Erzberger zugeben. Helfferich behauptet, daß Erzberger 110 000 Mark bei dem Geschäft verdient habe, was Erzberger nicht bestritt. Er will nichts davon wissen, daß die Neuhberg'sche Fabrik bei der Zuteilung von Leder bevorzugt worden sei.

Generalleutnant von Oden, Chef des Armeeverwaltungsdirektoriums im Reichsministerium, sagt aus, daß er das Neuhberg'sche Unternehmen mit allen Mitteln gefördert habe. Erzberger habe einmal mit ihm darüber gesprochen, aber nichts davon erwähnt, daß er bei der Fabrik beteiligt sei. Helfferich zeigt dann eine Offerte von Erzberger, durch die das Verfahren noch vorzuziehen verkauft werden sollte. General Oden meint, daß er niemals seine Erlaubnis hierzu gegeben hätte. Erzberger behauptet, daß das geschiedene Generalkommando dem Verkauf zugestimmt habe. Auf die Fragen Helfferichs, ob seine Reisen ins Ausland etwa mit diesem Verkauf, den er als Aktionär vermittelt hat, zusammenhängen, bestritt Erzberger das lebhafte. Er sei auf seinen Auslandsreisen nie geschäftlich tätig gewesen. Zum Schluß der Sitzung kommt dann noch zur Sprache, daß ein Korweger, namens Rawo, von der Waffensstillstandskommission einen Pass erhalten habe, worin becheinigt war, daß er Mitglied der Waffensstillstandskommission sei. Erzberger behauptet, von der Ausstellung des Passes nichts zu wissen.

Die Verhandlung wird hierauf auf Montag morgen vertagt.

Deutschnationale Methoden.

Inzwischen geht die Hebe der Deutschnationalen gegen Erzberger weiter. Ueber das neueste Stückchen dieses Holzganges berichtet eine Berliner Lokalzeitschrift: Danach war eine Broschüre gegen Erzberger im Druck, die noch während des Prozesses verbreitet werden und Erzbergers Unlauterkeit beweisen sollte. Das Interessante an dieser Broschüre ist, daß sie 80 Photographie enthält, und zwar handelt es sich um die Steuererklärungen des Reichsfinanzministers aus den Jahren 1904 bis 1913. Es war ganz zweifellos, daß man sich zur Herstellung der Kopien, welche die Steuererklärungen Erzbergers enthalten, der Originale bedient hatte. Die Erzberger'schen Steuererklärungen befinden sich, da der Reichsfinanzminister in der Dierichenburger Straße wohnt, auf dem Steueramt in Charlottenburg. Man nahm an, daß die Steuererklärungen dort gelagert seien, fand jedoch, daß das gesamte Material sich auf dem Steueramt noch befindet. Es liegt jedoch Angelegenheit vor, daß die Steuererklärungen für einige Zeit aus dem Amt entfernt wurden, um photographiert zu werden. Im Zusammenhang mit diesen Erklärungen wurde in der Broschüre behauptet, daß der Finanzminister Depots im Ausland besitze. Die Polizei hat inzwischen bei verschiedenen Persönlichkeiten Hausdurchsuchungen vorgenommen, doch wurde nichts Befriedigendes gefunden. Im Steueramt selbst ist eine Untersuchung eingeleitet worden, wie es möglich war, die betreffenden Aktenstücke für einige Zeit verschwinden zu lassen.

Die Broschüre ist laut Erfolg des Oberkommandos Rostock, noch dem neue Flugblätter, Broschüren oder Zeichnungen dem Reichswehrminister zur Kenntnisnahme vor der Drucklegung eingereicht werden müssen, vor ihrer Veröffentlichung beschlagnahmt worden. Ebenfalls wurde der Faktor der Druckerei verhaftet.

Eine Satire.

Bellmuth von Gerlach hat kürzlich einer Behauptung des „Berliner Tageblatts“ gegenüber, er sei zu den Unabhängigen abgetrennt, erklärt, daß er nach wie vor der Demokratischen Partei angehöre. Das benutzten die Rechtssozialisten, um die unabhängigen Arbeiter und ihre Presse zu verhöhnen, weil sie so häufig von den Ausführungen, die Gerlach in der „Welt am Montag“ macht, zustimmend Notiz nehmen. Sie hätten in ihrer Abmühsamkeit dieses Blatt für ein unabhängiges Organ und seinen Redakteur für einen Parteigenossen gehalten.

Die Moskaleute trauen uns doch etwas gar zu viel Naivität zu. Unsere Arbeiter wissen ganz genau, daß Gerlach parteipolitisch nicht zu uns gehört, und sie lesen und hören ihn nur deshalb gern, weil er konsequent den Standpunkt einer Demokratie vertritt, die weder bei den bürgerlichen, noch bei den sozialistischen Demokraten eine Stütze haben. Wir verstehen es ja nicht, daß Gerlach sich in keiner Partei noch wohlfühlen kann, wie wir andererseits davon überzeugt sind, daß diese Partei auf ein so unbehagliches Mitglied keinen besonderen Wert legt. Aber das ist schließlich die Angelegenheit dessen, den es angeht. Wir werden fortfahren, das Gute zu nehmen, wo wir es finden, und wenn der „Vorwärts“ sich einmal entklicken sollte, die politische Situation so vernünftig zu beurteilen, wie es häufig in der „Welt am Montag“ geschieht, so verprechen wir ihm, auch ihm gegenüber mit unserer Anerkennung nicht zurückzuballen.

Einstweilen aber sind irgendwelche Ansätze zur Verbesserung bei ihm nicht festzustellen, es müßte denn das kleine Selbstbewußtsein sein, das er im Zusammenhang mit seinen Auseinandersetzungen über die Gerlach'sche Parteizugehörigkeit abent. Er drückt voller Begeisterung einen

Artikel aus seinem Bruderorgan, dem „Vorwärts für Spandau und das Havelland“ ab, in dem es heißt:

„Nun müssen die guten U.S.P.-Leser sich ausdrücklich von Herrn v. Gerlach sagen lassen, daß er, der große Bohremeister und Inquisitor des Sozialismus, nach wie vor eingeschriebenes Mitglied bei einer bürgerlichen, antisozialistischen und antirevolutionären Partei ist! Vielleicht findet sich jemand, der trotz der Papiernot eine Satire schreibt.“

Damit geben „Vorwärts“ und „Vorwärts“ zu, daß die Sozialdemokraten mit einer bürgerlichen, antisozialistischen und antirevolutionären Partei Regierung und Regierungsbündel bilden. Dieses Eingeständnis wäre sehr wertvoll, wenn wir nicht annehmen müßten, daß es den beiden Blättern wider ihren Willen entküpft ist. So bleibt nur die Feststellung, daß der Wunsch nach einer Satire in demselben Augenblick erfüllt war, wo er ausgesprochen wurde.

Deutschnationale Kulturträger.

Die Stände häufen sich. Die deutschnational-antisemitische Agitation trägt ihre Früchte. Daß just die Universitäten, die Hütelstätten des deutschen Geisteslebens, die Dummheit für den nationalistischen und antisemitischen Kummel abgeben, ist ein trauriger Beweis für die Geistesbeschaffenheit der Bourgeoisjugend, die den hebräischen Wählerreien der reaktionären Kreise ein williges Ohr leiht. Nach dem Fall Nicolai an der Berliner Universität, dem Fall Weber in München, ist es am Donnerstag Abend in einer Vorlesung des bekannten Gelehrten Professor Albert Einstein an der Berliner Universität zu einem neuen Zwischenfall gekommen.

Professor Einstein hatte den ausdrücklichen Wunsch geäußert, daß auch nichteingeschriebene Hörer der Vorlesung teilnehmen dürften. Der Studentenausschuß lehnte dies ab. Professor Einstein bedauerte zu Beginn seiner Vorlesung diesen Beschluß und bemühte sich, eine Verständigung mit seiner Hörerschaft darü. er anzubahnen, die Vorlesung ebentuell an einem neutralen Ort stattfinden zu lassen, da er von seiner Absicht, uneingeschriebene Hörer teilnehmen zu lassen, nicht abgehen könne. Dieses Ersuchen wurde mit einem wahren Tumult beantwortet, bei dem Krüchungen antisemitischen Charakters, wie „Jude!“ und dergl. fielen. Darauf sprach Professor Einstein die Vorlesung ab und richtete an die Studenten die Aufforderung sich die Kollegiengebühren zu bezahlen zu lassen.

Der akademische Hochmut, der sich in der Ablehnung des sympatischen Verlangens Professor Einsteins kundgibt, wohl würdig zu den antisemitischen Kadavereien, mit denen die deutsche studierende Jugend die Öffentlichkeit erregt. Man schaudert bei dem Gedanken, daß dieser Nachwuchs berufen sein soll, das deutsche Geistesleben, das während des Krieges so stark im internationalen Verkehr geraten ist, wieder zur Anerkennung zu bringen!

Eine Erklärung Professor Einsteins.

Professor Einstein veröffentlicht im 8 Uhr-Abendblatt folgende Erklärung: „Meine populär gehaltenen Vorlesungen über die Relativitätstheorie besuchten nicht nur Studenten, sondern auch viele andere Leute, die dazu eigentlich nicht berechtigt sind. Der Studentenausschuß erklärte deshalb, dies nicht länger zulassen zu wollen. Ich machte darauf aufmerksam, daß der große Saal für alle Platz habe, die zuhören wollen, und daß es dadurch zu keinen Unannehmlichkeiten kommen müßte. Der Studentenausschuß hat sich damit jedoch nicht zufrieden gegeben, sondern sich in dieser Frage an den Rektor gewandt. Der Rektor fertigt mir einen Brief, in dem er darauf hinweist, daß nach der bestehenden Vorschrift jene Leute nicht die Berechtigung haben, den Saal zu betreten. Dies ist formell richtig. Ich habe mich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß es mit Widerstrebe, ohne inneren Grund es Unzumutbar zu machen, weiter zu hören und ich habe bestanden geblieben. Ich lehne eine Besprechung mit meiner Hörerschaft ab, die jedoch zu einem bestimmten Ergebnis nicht führte. Ich habe mich daher veranlaßt gesehen, auf meine weiteren Vorlesungen zu verzichten und der Studentenschaft erklärt, sie könne ihre eingezahlten Kollegiengebühren sich zurückzahlen lassen. Ich habe aber nicht die Absicht, meine Vorlesungen überhaupt zu unterlassen, ich werde sie vielmehr in anderer Form wieder aufnehmen. In welchem Saal ich aber noch unbestimmt. Sollte es noch einmal zu solchen Szenen wie gestern kommen, dann dürte ich überhaupt auf. Von einem Skandal, der sich gestern abgespielt haben soll, kann nicht die Rede sein, immerhin beweisen manche Behauptungen, die fielen, eine gewisse antisemitische Bestimmung mit gegenüber. Antisemitische Behauptungen als solche fielen nicht, doch konnte der Unwille so geäußert werden.“

Vertagung des Kessel-Prozeß.

Die Schlichterhandlungen im Kesselprozeß wurden bekanntlich wegen Erkrankung des Angeklagten auf gestern Freitag vertagt. Zu Beginn der gestrigen Sitzung stellte der Vorsitzende, Kriegsgerichtsrat Ehrhardt, fest, daß der Angeklagte, Hauptmann v. Kessel, nicht erschienen ist. Kriegsgerichtsrat Ehrhardt gab darauf sehr erregt folgende Erklärung ab:

„Ich habe bei der vorliegenden Sitzung Besondere genommen, einen bei mir eingelaufenen Drohbrief zu verlesen und die Stellung des Gerichts dazu zu bezeichnen, daß kein deutscher Richter sich von seiner Pflicht abbringen läßt. Während der letzten Sitzung, als Professor Kessel von mir über den Zustand des Angeklagten vernommen wurde, ist nun ein niederrätliches Badensitzat verlesen worden: Mein praver Offizierskumpan ist durch zwei Messerschritte beschädigt worden. Jede verlebendige Beschädigung ist ausgeschlossen. Durch einwandfreie Zeugen ist festgestellt worden, daß dies nur während der Vernehmung geschehen sein konnte. Diese Tat im Zusammenhang mit dem vorliegenden Drohbrief gibt mir Veranlassung, daraus hinzuweisen, daß das Gericht, das ein geschlossenes Ganzes ist, diese Tat als ein niederrätliches Substantiv vor aller Öffentlichkeit brandmarkt. Diese Erklärung beruht auf einer Beratung des Gerichts.“

Hierauf wurde Professor Kessel über den augenblicklichen Krankheitszustand des Angeklagten vernommen. Dieser erklärte, daß Hauptmann von Kessel an Grippe leide, die die Lunge, Nieren und Venen in Mitleidenschaft gezogen habe. Eine unmittelbare Lebensgefahr bestehe nicht mehr, die Krankheit nehme einen normalen Verlauf. Die Temperatur habe vorerstern 40 Grad betragen, am Freitag 39 Grad. An eine Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten sei vor einer Zeitdauer von zwei bis drei Wochen nicht zu denken, da von Kessel durch das Fieber stark heruntergekommen sei und einer längeren Rekonvaleszenz bedürfe. Auf Verlangen des Vorsitzenden erklärte Professor Kessel, daß er den Angeklagten am Freitag mittag zum letzten Male gesehen habe und eine Temperatur von 39 Grad festgesteilt habe.

Nach kurzer Beratung beschloß das Gericht die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Die Ratifizierung des estnisch-russischen Friedensvertrages ist von der estnischen Nationalversammlung in erster und zweiter Lesung angenommen worden.

Glück und Glas

Zufriedenheit ist wahres Glück!

Wir garantieren Ihnen Zufriedenheit wenigstens mit den von uns gekauften Brillen und Kneifern. Ob Ihr Kind, ob Ihre Frau, Ihr Augenglas beim Spielen zerbrochen haben, oder ob es unter den Omnibus geraten ist, wir fragen Sie nicht danach, sondern reparieren es Ihnen kostenlos. Nur zerbrochene Gläser müssen Sie bezahlen, sowie Schildpatt, Horn und ähnliche Teile, sonst nichts. Die Garantie läuft bis zu drei Jahren, mindestens jedoch zwei Jahre für Fassungen von 8.50 M. an. Wir müssen

gediegene Waren liefern, sonst können wir nicht lange unsere Garantie ohne eigenen Schaden halten. Die Augen-Untersuchung ist kostenlos. Für passende Gläser garantieren wir Ihnen besonders. Das bedeutet noch mehr. Selbst wenn Gläser so genau verpaßt sind, daß kein Fachmann etwas daran verbessern könnte, Sie selber aber sind vielleicht nicht damit zufrieden, dann reden wir nicht lange, sondern wechseln Ihnen die Gläser so lange kostenlos um, bis Sie wirklich damit zufrieden sind.



Alles Gold wird zum Tagespreis angekauft und in Zahlung genommen

Verlangen Sie noch einmal das Beste an einem Optiker zum Selbstkaufen passender Gläser nach Berlin!

Optiker Rubnke

Schöneberg Hauptstr. 21, Ecke Hauptstr. / **Friedenau** Hauptstr. 14, Ecke Hauptstr. / **Neukölln** Hauptstr. 4, Ecke Hauptstr. / **Spandau** Breite Str. 14, Ecke Markt

SO Oranien-Str. 44, zwischen Markt- und Oranienplatz / **S** Kottbuser Damm 10, nahe Jandorf / **O** Frankfurter Allee 14, nahe Tierg.

C Spittelmarkt, Ecke Wallstr. / **Alexander-Platz**, nahe H. Hingert / **SW** Belle Alliancestr. 4, nahe Jandorf

W Friedrich-Str. 193a, Ecke Leipziger Str. / **Leipziger Str. 113**, Ecke Hauptstr. / **Inf.-Str. 1**, Ecke Potsdamer Str.

ANW Friedrich-Str. 159, Ecke Dorststr. / **N** Chaussee-Str. 72, nahe H. Hingert / **Schöneberger Allee 81**, am Hpt. Ringling

Friedrich-Str. 108, Ecke Hauptstr. / **Invaliden-Str. 164**, Ecke Hauptstr. / **Invaliden-Str. 117**, am Berliner Hpt.

Charlottenburg Zossen-Str. 15, Ecke Hauptstr. / **Jochimsdaler Straße 2**, nahe Hpt. / **Wilmersdorf** Berlin-Str. 132-83, nahe Hauptstr.

Theater und Vergnügungen.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
7 Uhr: Der Liebes-trank
Sonntag 7 Uhr: Luther

Opernhaus
6 Uhr:
Rosenkavaller
(Kein Kartenvorverkauf)

Schauspielhaus
6 Uhr:
Kronprinz
Direktion: Max Reinhardt
Deutsches Theater
7 Uhr: Und Pippa tanzt
Kammerspiele
7 Uhr: Die Bücher der Pandora
Großes Schauspielhaus
Karlstr. 1
Zum 1. Male:
6 Uhr: Danton (ausf. Abonn.)
Direktion
Carl Reinhardt - Prof. Bernauer
Theater 1. d.

Rönngrätzler Straße
16 Uhr: Schloß Wetterstein
Sitz: Schloß Wetterstein
Nacht: 15 Uhr: Schloß Wetterstein
Morg: Schloß Wetterstein

Komödienhaus
"Sie"
Sonntag: "Sie"
Nachm.: Liselet von der Platz
Montag: "Sie"

Berliner Theater
7 Uhr: Der letzte Walzer
(Fritz Massary, Otto Stern, Hans Wassmann usw.)

Großes Schauspielhaus

Sonntag, den 15. Februar, 2 1/2 Uhr
Ermäßigte Preise

Hamlet

Regie: Max Reinhardt

Hauptrollen: Walter Janssen, Josef Klein, Wilhelm Siedler, Helene Thimig, Agnes Straub, Robert Wälder, John Dehne, Hans Purkart, Harold Paulsen, Hans Brachmann, Wilhelm Diegelmann, Romy Fenne, Ingeborg Bern, Eugen J. edert, Max Koppert, Hugo Böhm

Preise der Plätze M. 10.- bis M. 3.- : Wilhelms Theater- Halle, A. Weichsel und im Invalidenpark.

Theater am Schlosser Tor

Tel: Moritzplatz 14814.
Tägl. 7 1/2 und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
9 ehem. Mitgl. der Berliner Sänger.
Blüthen-Quartett
Vorv. 11-13 u. 4-6 U.

Circus Busch
Heute sowie tägl. 7 1/2 Uhr:
Das Gr. Febr.-Pror. I
s. a. 3 Urbane
Leut. Schwabe - Patznerl
9 Uhr: „Anbrodite“

Rose-Theater

3 1/2 Uhr: Der Siegen der Holländer
7 1/2 Uhr: Die im Schatten leben

THEATER AM MORITZPLATZ
Der große Erfolg
4. Woche
Robert Reinert's
Monumentalfilm
Nerven
Einlaß 6³⁰ 8³⁰
Geschlossene Vorstellungen

Platin höchsten Preis

Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 14,00 M.
kauft Linke Bücherstraße 40
Port. 2, II, 9-7 Uhr.

Goldbruch u. Silberbruch

höchsten Tagespreise
C. Käferle, Frankfurter Allee 277 I.
Sonntags bis 4 Uhr nachmittags.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin-Zahnegebisse, Zahn bis 75 Mark.
Goldbruch und Silberbruch! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotgold! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stahlspanner! Zink! Blei! Flaschenverschl. Schweißblei, alle Metalle höchster Qualität

Edelmetall-Einkaufsbureau, Weherstraße 31
- Alex. 4243 -

Augen auf!

Messing 12,- Blei 7,- Zink 6,-
Kupfer 21,50, Rotguss 18,50 zahlt per kg
Franz Stingl, Mechaniker
Alte Jakobsraße 69, Querzeil. I r.

KUPFER 21.00 Mark
MESSING 12.00 Mark
und andere Metalle sowie alte Gebisse kauft
Gotthelm, Marlannenstr. 12.

Messing 12,50, Blei 7,50, Zink 6,- bis 6,50,
Weißmetall 30,- Kupfer 21,- Rotguss 18,-
Reinzinn bis 65,- Aluminium 14,- bis 17,- zahlt per
Kilo, bei
gröÙ. Post mehr, Metallschmelze Mariannenstr. 24
an der Kottbuser Brücke. Amt Mol. 10698, Nebenanstsch.

Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4
Norden 106 21.

Spezialbehandlung
für Haut- und Geschlechtsleiden
C. Weissert, Invalidenstr. 147
I. Etage, Ecke Bergstr.
Viele Jahre in Krankenhäusern u. Kliniken tätig gewesen
Kostenlose Untersuchung und Beratung über sachgemäÙe Behandlung
Sprechstunden 10-12 und 4-8. Sonntags 10-12

Charlottenburg
Botenfrauen werden sofort eingestellt. Sped. Lorenz, Wallstraße 68.

Messing 12,10, Kupfer 21,00
Rotguss 18,00, Blei 7,30, Zink 5,80
per Kilo kauft
Quade, Schmidstraße 36
Ecke Neanderstraße (Keller).

Reelles
Wir kaufen
KUPFER
Blei, Zink
MESSING
Stanniol
Zinnblei
Quecksilber
Aluminium
Celluloid
MetallauffläÙe
Fluss, Goldbruch
und Silberbruch
PETERS
Frenzl. Str. 24
MÖBUS
Waldstraße 3
G. ERMEL
Schaer Straße 15
DEGENER
Schöneberg
Bahnhofstraße 95
H. A. SE
Skalitz, Str. 90a
Ecke Lützowplatz
Gewicht

Gold-Abfälle, Ringe, Ketten

Zahnegebisse kauft
Dentist Weiß, Laboratorium, Reichenkenderfer
110 Straße 110

Spezial-Behandlung

v. Geschlechts, Ha- u. Horn-, Frauenleiden, spez. vererbte hartnäckige Harnleiden, nerv. Schwäche, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchung, Licht- und Pflanz- Behandlung. Schnell, sicher, ohne Berührung. Getrennte Wartezimmer für Damen und Herren. **Aerztliche Heilanstalt Löser, Münzstr. 9**, nahe Alexanderplatz

Spezial-Arzt für Geschlechts-, Haut-, Horn- Frauenleiden, speziell vererbte hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen. = = = Separates Damenzimmer. **Erste und älteste Heil-Anstalt Löser**
Dir.: **Löser senior, Dr. Skott**
nar **Rosenthaler Straße 69-70**, Ecke Lützowstr., 4., 4.8. Sonnt. 10-12

Möbel

liefert
gegen bar
und auf
Teilzahlung
zu billigsten Preisen:
Wohnzimmer
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Farbige Küchen
Einzeln Möbel
Gekaufte Möbel können kostenlos lagern.
Liefere auch n. unwirkt. Kuponkarte selbst in Zahlung.

Möbel - Cohn
Gr. Frankfurter Str. 88
5 Min. v. Alexanderpl.
Filiale, Badstr. 47-48
5 Min. v. Hpt. Gesundbr.

Lessing-Theater

Direktion: Viktor Barrowsky
7 1/2 Uhr: Pygmalion
Sonntag 7 1/2 U.: Pygmalion.
Montag 7 1/2 Uhr: Pygmalion

Deutscher Kunst-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Marquise von Arcis
(Konstantin, Servas, Straßmann-Witt, Veidö)

Residenz-Theater
Täglich Evchon Humbrecht
7 1/2 Uhr:
Sonntag 4 Uhr: Hiesel u. Gratel.
Sonntag 4 U.: Der gute Rai

Trionon-Theater
Freitag 4 Uhr: Max u. Moritz
Täglich
FEMINA

Gas no-Theater

Kathariner Str. 37, Tägl. 7 1/2 Uhr
- Letzter Monat!
Seit November aufgeführt:
Schnepfels Lene
Der Schläger aller Posen
Seit Februar-Spektakel
Sonntag 3 U.: Die Wandwerker.

Neues Operettenhaus
Direktion: Jean Grün
Allabendlich 7 Uhr 30 Min.:
Die kleine Hoheit

Wald-Theater

7 Uhr:
Die Czardynstirn.
Sonntag 7 1/2 Uhr: Die Ehre

Apollo-Theater
Friedrichstr. 218.
Allabendlich
Sonntag 3 1/2 u. 7
Unübertreffliches
Varieté-Programm.

Wintergarten.
Täglich 7 1/2 Uhr
Varietévorstellung
Kuchen restlos.

Das Kapital

Kritik der politischen Ökonomie von
Karl Marx
Gemeinverständliche Ausgabe
Besorgt von
Julian Borchard!

Ein genauer Kenner hat hier, lediglich durch Ungenauigkeiten des Stiles und Fortlassen der zahlreichen Wiederholungen in Marx' eigenen Worten die grundlegenden Gedankengänge und Gesetze des gewaltigen dreibändigen Werkes auf 325 Seiten zusammengefaßt. Die Lektüre bietet statt mühseliger Arbeit Genuß und unterrichtet trotzdem über die tiefsten und schwierigsten Probleme des Sozialismus, wie wiederholend es handelt sich nicht um eine „Popularisierung“, sondern um eine für Jedermann lesbar geneigte Ausgabe von Marx' eigenem Werk. - Bezug unter Nachnahme durch:
Neuzeitlicher Buchverlag, Berlin-Schöneberg 6
Preis: 8.50 M. + 20% Transp.-Zusch. Porto extra.

Alte Gebisse

auch zerbrochene, bis 3000 M.
Einzelne Platinstiltzähne von 15 bis 150 M.
jedoch nicht unter 15 M. pro Zahn.

PLATIN-

Brennstifte
Kontakte usw. bis 265 M. pro Gramm.
Eruchgold und Silber sowie Geräte.
Schmucksachen und Juwelen kauft täglich
von 9 bis 8 Uhr
J. Herz, Fehrbelliner Str. 52
Verdauhaus links parierte.
Sonabend nur von 6-8 Uhr abends.

Rosen

Große Auswahl
Vornehme Streifenmuster
42.- 60.- 70.- 75.- 90.- 120.- 150.-,
165.- 190.- 200.- 215.- 300.- M. u. s. w.

Marengo-Jacke und Westen, Diagonalgewebe 275.- 300.- 350.- M.
Cutaways und Westen, welche Stoffe 375.- 400.- 450.- M.

Keine Filialen mehr
BaerSohn
Nur Chausseesstrasse 29-30 Nur

Nur eine Verkaufsstelle

Gewerkschaftliches.

Einigung im Baugewerbe.

Die seit mehreren Monaten bestehenden Lohnunterschiede sind nach mehrmaligen erfolglosen Versuchen der Besetzung in erneuter Verhandlung vom 13. Februar 1920 im Reichsarbeitsministerium, unter Leitung des Herrn Stadtrat Dr. Hillet,...

Gegen die Affordarbeit!

Die Deputierten der Berliner Bauerschaften beschließen sich in einer Deputiertenversammlung gestern mit der Frage der Affordarbeit. Genosse Kaiser führte aus, unter Hinweis auf die...

Berammlung der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Ueber die Verhandlungen betr. einer Teuerungszulage bei Holz und Lacken in einer Versammlung der Berliner Maler, Lackierer und Anstreicher am vergangenen Donnerstag.

1. Den Gehilfen des Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Holzbockergewerbes wird zu den jetzt gezahlten Löhnen und Teuerungszulagen eine weitere Lohnzulage...

Diese beträgt für Holzgehilfen über 100 000 Einwohner 1,20 M., für Holzbocker unter 100 000 Einwohner 1 M. für die Arbeitsstunde.

Zu dieser Lohnzulage gehört der von den Vertretern der Bezirks-, Gau-, bzw. Landesverbände vereinbarte Lohnausgleich. Für die Landesverbände, wo unter den Vertretern eine...

Das Lohnabkommen tritt ab 15. Februar in voller Höhe in Kraft und gilt bis zum 31. Mai 1920. Sollte jedoch auf Beschluss der Zentralarbeitsgemeinschaft oder auf Antrag der...

werden sich die Vertreter der vertragschließenden Verbände über die Unentwertbarkeit einer solchen Zulage verständigen. In den Orten wie Potsdam, Kallberge usw. soll ein erhöhter Zuschlag (1,40 M.) gezahlt werden, um die Spannung bei den zur Zeit gezahlten Löhnen aufzuheben.

Nach jeder Aussprache wurde beschlossen, da die Unterlagen für den Tarif nicht bekannt waren, die Abstimmung über Annahme oder Ablehnung auszuschieben. Die erweiterte Ortsverwaltung und die Vertrauensleute sollen die Abmachung erst erörtern, endgültig beschließen soll eine Vollversammlung am 20. d. Mts.

In besonders angeregten Versammlungen sollen die Vertrauensleute mit dem Betriebsratgeber vertraut gemacht werden. Weiter wird ein Kursus für Materialkunde und neue Technik eingerichtet.

Bei der Wahl eines Sekretärs wurde Genosse Bohne von der Versammlung gewählt. Ueber einen Antrag, den „Vorwärts“ wieder als Publikationsorgan zu benutzen, wurde zur Tagesordnung übergegangen.

Tariffbewegung im Versicherungsgewerbe.

Gestern tagte in den Sophienkassen eine vom Zentralverband der Angestellten einberufene Versammlung der Obleute, Delegierten und Vertrauensleute aus dem Versicherungsgewerbe.

Sie beschäftigte sich u. a. mit den von den Arbeitgebern den Angestellten zur Unterzeichnung vorgelegten Reversen. Von den Arbeitgebern ist in allen Betrieben bei dieser Gelegenheit ein scharfer Druck ausgeübt worden, was eine allgemeine Empörung auslöste. Im Verlauf der Diskussion gelangte folgende Resolution zur Annahme:

Die am 13. Februar 1920 in den Sophienkassen versammelten Obleute, Delegierten und Vertrauensleute der im J. d. R. organisierten Groß-Berliner Versicherungsgewerkschaft nehmen Kenntnis davon, daß die große und entscheidende Mehrheit der Berliner Versicherungsgewerkschaften die von Arbeitgeberseite vorgelegten Reversen trotz aller Drohung abgelehnt hatten, zu unterzeichnen.

Nur in einer Berliner Gesellschaft hat ein Teil der Betriebsangehörigen unter dem Terrorismus der Arbeitgeber versagt. Trotz alledem wird festgestellt, daß die Berliner Angestellten sich nicht dazu hergegeben hat, ihre Interessen durch Anerkennung eines der heutigen Reallohn hochsprachen Tarifvertrages zu schaden.

Die Versammlung erklärt, samens der hinter ihnen stehenden Angestellten, daß sie nicht aufhören zu kämpfen, bis es dem J. d. R. gelungen ist, für sie einen Tarifvertrag durchzuführen, der ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht; sie warten nur noch den Schiedsspruch am Montag, den 16. Februar ab.

Die Stimmung im Reich ist nach den Berichten aufstrebend. Die Angestellten haben es einmütig abgelehnt, die Reversen zu unterzeichnen. Der J. d. R. wird in allen Fällen, in welchen Arbeitgeber Reversen angebracht haben, einwirken.

Die Delegiertenwahl der Schuhmacher.

Am Montag, den 9. Februar, fand die Delegiertenwahl zu dem am 20. April zu Leipzig stattfindenden Verbandstag der Schuhmacher statt. Von den 12 vorgeschlagenen Kandidaten, von denen 6 Delegierte zu wählen sind, erhielten von 1612 abgegebenen Stimmen Wilhelm Matting 1084, C. Bollmann 1074, A. Müller 1048, G. Justin 778, K. Dohler 766; diese fünf sind somit gewählt; ferner erhielten Stimmen: C. Kollwitz 417, H. Wobeser 368, A. Götz 348, C. Waffert 333, Th. Gaudmüller 330, A. Adamson 290, G. Weisenberg 288 Stimmen. Es findet Stichwahl zwischen C. Waffert und C. Wobeser statt.

Teuerungszuschläge im Hutarbeitergewerbe.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1920 ab sind zwischen dem deutschen Hutarbeiterverband und dem Arbeitgeberverband der deutschen Woll- und Haarhutindustrie unabhängig von dem bis 30. April d. J. laufenden Tarifvertrag folgende Teuerungszuschläge vereinbart worden. Männliche Arbeiter erhalten für jede gearbeitete Stunde mehr: 14-16 Jahre 17 Pf., 16-18 Jahre 20 Pf., 19-21 Jahre 20 Pf., über 21 Jahre 1,20 M. Weibliche Arbeiter erhalten in denselben Altersstufen 15, 20, 40 und 90 Pf. Die Zuschläge verstehen sich auch für die Hilfsarbeiter. Jede angefangene Arbeitsstunde wird, wenn die Arbeit unter 30 Minuten dauert, für eine halbe Stunde, sonst als volle Stunde berechnet. Die von einzelnen Arbeitgebern bisher gezahlten Teuerungszuschläge werden auf die Vereinbarung angerechnet.

Generalversammlung der Friseurgehilfen.

In der Generalversammlung vom 20. 1. wurde der Bericht für das Jahr 1919 gegeben. Der gedruckt vorliegende Bericht wurde vom Vorsitzenden L. v. e. und Kassierer M. a. t. s. c. e. eingeleitet. Die Organisation wurde während des ersten Berichtsjahres nach dem Ziele auf eine erhebliche Höhe gebracht; ebenso wurde der Tarifvertrag ausgehandelt und ist zu erwarten, daß nach restloser Durchführung die nächste Zeit uns weiteren Wünschen näher bringt. Dem Vorstand wurde der Bericht erteilt und die Einführung eines Lohnbeitrages von 20 Pf. ab 1. Februar beschlossen. Der Vorstand wurde neu besetzt, durch J. o. b. e. l., L. G. o. r. f., R. e. d. i. e. r., J. G. o. r. f., P. o. l. l. i. s. t. e., G. l. a. s. s. e. r. i. n. g., W. a. b. a. c. h. l. e., K. a. g. g. e., S. c. h. w. i. t. z., M. i. l. b. e. und G. e. o. r. g. e.

Arbeiter der früheren Flugzeugmeisterei Wiersdorf können sich mündlich oder schriftlich an die Kasse B, Wiersdorf, wenden zur Orientierung wegen Erstattung der „Fahrtgeldauslagen“ während des Verweilens im Juni/Juli 1919. Auslieferungsort B der Flugzeugmeisterei, Wiersdorf, Parade 121, Zimmer 6.

Groß-Berlin.

An unsere Leser!

Das Verbot der „Freiheit“ hat naturgemäß zu einem großen Ausfall für das Unternehmen geführt. Die allgemeinen Unkosten dauerten fort. Einnahmen ergaben sich keine. Allein der Ausfall an Inserateinnahmen während der Zeit des Verbotes ist enorm und nicht wieder einzubringen.

Trotzdem ist die Hoffnung unserer politischen Gegner, das Verbot werde die „Freiheit“ wirtschaftlich vernichten, zerschanden geworden. Wäre auch zerschanden geworden, wenn es noch länger dauerte.

Auf allen Seiten beschlossen die Parteigenossen, das Abonnement für die „Freiheit“ trotz des Nichterscheinens fortzusetzen.

Inzwischen konnten wir nun das Blatt unseren Abonnenten wieder zustellen. Für den Januar sollen dieselben eine Entschädigung in der Form erhalten, als ihnen eine Broschüre über den „Mieterschutz“ zugeführt wird. Für den Februar wird gegen eine weiße Quittung der Betrag von 4,50 M. eingezogen werden, ein Betrag, der kaum die Kosten der Herstellung deckt.

Demnächst sind die Preise für zweimal täglich erscheinende Blätter auf 5,50 bis 7,50 M. im Monat gestiegen.

Wir bitten deswegen unsere Abonnenten, den Botenfronzen bei der Einkassierung des Abonnementgeldes keine Schwierigkeiten zu machen. Der Verlag.

Proletarische Feiertunden.

Das Programm für die „Proletarischen Feiertunden“ am Sonntag, den 15. Februar, muß eine Veränderung erfahren. Da Herr Moissi leider an der Mitwirkung verhindert ist, Frau Sardiuz Ridon wird einspringen und wieder mit Orgelbegleitung vortragen. Die Aufführung beginnt nicht um 11 Uhr vormittags, wie auf den Eintrittskarten steht, sondern erst pünktlich 12 Uhr. Die Genossen des 15. Distrikts werden wir darauf aufmerksam, daß Karten noch beim Genossen Krüger, Gultitzstraße 10, zu haben sind.

Verboppelung der Eisenbahnfahrpreise.

Am 1. März treten auf den deutschen Eisenbahnen neue Erhöhungen im Güterverkehr um allgemein 100 Prozent in Kraft. Gleichzeitig mit diesen Erhöhungen werden nun auch im Personenverkehr die gleichen Erhöhungen angekündigt. Danach werden auf den deutschen Eisenbahnen die Personen-, Gepäc- und Erpreisen sich um 100 Prozent verteuern. Anlässlich der demnächst durchzuführenden Tarifserhöhungen soll ein Neubund...

Jimmie Higgins.

Roman von Upton Sinclair.

aus dem Manuskript übertragen von Hermine zur Mühlen.

VI.

Sie kritisierte die dunklen Straßen entlang, bis sie zu einer Reihe Arbeiterhütten kamen; Holzhäuser, die mit Stroh und Lehm verstopft, - Behausungen, in denen die amerikanischen Arbeiter nicht sein Dasein überlebt hatten. „So leben die Arbeiter“ - sagte der Fremde und klopfte an eine Tür. Eine Frau öffnete, Kinder gingen an ihren Rücken, und die Männer beteten einen Mann, den eine blaue Lampe und die Glut des Herdes, auf dem ein Kessel gekochte wurde, erblickten. Der Fremde sprach kein Wort zu der Frau, wies Jimmie einen Stuhl in der Nähe des Herdes an und betrachtete ihn forschend mit seinen klaren schwarzen Augen.

„Sagen Sie mir die rote Karte“ - sagte er plötzlich. Jimmie schloß aus seinem Schatz, knipste den Zehner auf und zog aus der Innentasche seines Rockes die wertvolle Karte, auf der die Initialen der Sekretäre der Deebiller, Hoveland und Frontonier Ortsgruppen vermerkt waren. Der Fremde betrachtete sie und nickte. „Gut. Ich vertraue Ihnen.“ Er gab Jimmie die Karte zurück. „Ich heiße Molentin und bin Volksheld.“

Jimmies Herz schlug höher, obgleich er auf diese Offenbarung vorbereitet gewesen war. „Unsere Ortsgruppe in Sophienstadt mannte sich Volksheld.“

„Wir sind hier vertrieben worden“ - fuhr der Jude fort - „ich blieb jedoch zu Propagandazwecken hier, wurde nach Genossen bei den Amerikanern und Engländern. Ich lasse Ihnen: kämpft nicht gegen die Arbeiter, kämpft gegen die Herren, die Kapitalisten! Verstehen Sie?“

„Frei!“

„Wenn mich die Herren finden, so werden sie mich töten. Ich vertraue Ihnen.“

„Ich werde nichts verraten!“ - rief Jimmie hastig. „Sie müssen mir helfen. Geben Sie zu den amerikanischen Soldaten und sagen Sie ihnen: Das russische Volk ist viele Male besser als an Elend gequälte, man hat es...

sich besetzt und ihr kommt, um es zu töten und wieder zum Sklaven zu machen. Deshalb tut ihr dies? Was werden sie antworten, Lwowitsch?“

Jimmie entgegnete: „Sie werden sagen, daß sie den Köcher zerbrechen wollen.“

„Wir hoffen den Köcher zerbrechen, wir bekämpfen ihn.“

„Sie behaupten, ihr hättet mit ihm Frieden geschlossen!“

„Unger Kampfmittel ist die Propaganda - sie sind der Köcher mehr als alles andere. Dafür geben wir Millionen Rubel her, wir drucken Zeitungen, Flugblätter - Sie wissen ja, Genosse, wie Sozialisten arbeiten. Wir senden sie nach Deutschland, werfen sie aus Aeroplanen hinab. Wir haben Druckereien in, wie nennen Sie die Länder? Schweden, Niederland - überall. Die Deutschen lesen unsere Schriften, denken nach, fragen sich: Deshalb kämpfen wir für den Köcher, weshalb sind wir nicht frei wie die Russen? Ich weiß es, Lwowitsch, habe mit vielen deutschen Soldaten gesprochen. Ein Feuer läuft durch Deutschland. Bieleicht wird es noch ein Jahr, zwei Jahre dauern - eines Tages jedoch werden die Menschen sehen, daß die Volksheld recht hatten: sie kennen die Arbeiter, die Herzen der Arbeiter. - sie allein besitzen das Feuer des Lebens, das in den Herzen nicht erstickt werden kann!“

„Frei!“ meinte Jimmie - „doch kann man diese Dinge den amerikanischen Soldaten nicht sagen.“

„Mein Gott, weiß ich das etwa nicht? Ich war doch in Amerika! Die Leute dort wollten sich für das ausverkaufte Volk, vernehmen als zu wissen, lassen sich nicht belehren. Sie haben die Demokratie, bei ihnen gibt es keine Klassenunterschiede - Lohnsklaven? - das ist der ausländische Arbeiter - und so weiter. Sie sprechen auf uns, ich habe selbst gesehen, wie bei einem Streik die Arbeiter halbtot geschlagen wurden.“

„Ich kenne alledies. Was können wir tun?“

„Propaganda!“ - rief Molentin. „Zum erstenmal haben wir genug Geld für die Propaganda - das ganze Geld Russlands gehört der Propaganda. Wir dringen bis zu den Arbeitern der ganzen Welt, rufen ihnen überall zu: Erhebt euch! Erhebt euch, und zerbricht eure Ketten! Klauen Sie, daß sie uns nicht hören werden, Lwowitsch! Die Kapitalisten wollen, daß sie uns hören werden, sie...

zittern, senden Heere aus, um uns zu schlagen. Und sie glauben, diese Heere werden ihnen immer gehorchen, immer. Nicht wahr?“

„Sie glauben, das russische Volk werde sich gegen euch erheben.“

Der kleine Mann lachte, ein wildes frohes Lachen. „Wir haben unsere eigene Regierung; zum ersten Male in der Welt herrscht das Proletariat und sie glauben, wir werden uns gegen uns selbst erheben! Sie stellen Marionetten auf, die sie Sozialisten nennen, bilden in Frankreich eine Regierung, die sie eine russische Regierung nennen! Sie können sich selbst zum Narren halten, bei uns Russen wird ihnen dies nicht gelingen!“

„Sie glauben, diese Regierung werde sich ausbreiten“ - warf Jimmie ein.

„Ja, so weit ihre Kräfte kommen, nicht einen Schritt weiter. Wenn Rußland die fremden Heere eindringen sieht, wird jeder Russe Volksheld werden. Deshalb, Lwowitsch! Weil alle Russen wissen, was es bedeutet, wenn die Kapitalisten in Rußland eine neue Regierung errichten wollen. Es bedeutet Anleihen - die französischen, britischen, schweizer. Wissen Sie das?“

„Natürlich“ entgegnete Jimmie.

„Es sind Milliarden, fünfzehn Milliarden Mark an Frankreich. Die Volksheld sagen: Wir bezahlen nicht, weshalb sollen wir bezahlen, dies Geld wurde dem Jaren geliehen. Wozu? damit er die Russen zu Sklaven machen, sie ins Meer stecken, gegen die Japaner auszuwandern könne. Damit er die Volksheld verdränge und hunderttausend russische Sozialisten nach Sibirien sende.“

„Stimmt das?“

„Wir sagen: Uns gehen die Anleihen nichts an, ihr habt das Geld dem Jaren geliehen, halt es euch vom Jaren zurück! Sie aber brüllen: Ihr müßt zahlen! sendet Armeen aus, um russisches Land, Del, Kasse und Geld zu rauben. So ist es, Lwowitsch! Aber wir werden nie und nimmer bezahlen. Sie müssen sich ihr Geld holen kommen, jede Stadt, jedes Dorf erobert, - wir jedoch machen in russischen Propaganda in ihren Heeren, bei den Franzosen, Engländern und Amerikanern - genau wie bei den Deutschen.“

Beilage 1920

